
Berliner Wirtschaft: Parteitaktisches Kalkül darf Verwaltungsreform nicht gefährden

17.09.24 | Berlin

Berliner Wirtschaft: Parteitaktisches Kalkül darf Verwaltungsreform nicht gefährden

UVB und Kammern warnen davor, den dringend nötigen Umbau zu verwässern

Die Spitzenorganisationen der Berliner Wirtschaft haben die Regierungskoalition aufgefordert, die geplante Verwaltungsreform voranzutreiben. „Die Berliner Wirtschaft beobachtet mit großer Sorge die aktuelle Debatte zu den Eckpunkten für die Verwaltungsreform“, heißt es in einer Mitteilung der Spitzen der Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg, der Industrie- und Handelskammer Berlin und der Handwerkskammer Berlin.

„Bislang waren sich alle Beteiligten einig, dass zu einer echten Reform auch eine Verfassungsänderung gehört. Dass dieses – im Übrigen auch im Koalitionsvertrag festgehaltene Ziel – von Teilen der Politik in Frage gestellt wird, gefährdet aus Sicht der Wirtschaft den Erfolg der Reform insgesamt“, warnen Stefan Moschko (UVB), Sebastian Stietzel (IHK) und Carola Zarth (HWK). „Jeder weiß, dass Berlin seine Verwaltung von Grund auf reformieren muss.“

„Das Dickicht der organisierten Nicht-Zuständigkeit lichten“

Gleichzeitig sei die Zeit für mutige Reformen nie so günstig gewesen wie aktuell. „Mit den jetzt erarbeiteten Eckpunkten für eine Verwaltungsreform liegen Vorschläge auf dem Tisch, die das Potenzial haben, das Dickicht der organisierten Nicht-Zuständigkeit zu lichten. Umso wichtiger ist es, dass die politisch Verantwortlichen auf Landes- und Bezirksebene das Momentum jetzt auch nutzen.“

Die Verbände und Kammern befinden, es wäre „fatal“ für die Hauptstadt, wenn aus parteitaktischem Kalkül oder allein aus Gründen der Besitzstandswahrung die Chance auf eine echte Reform vertan würde.

Disclaimer

Die Unternehmensverbände Berlin-Brandenburg (UVB) sind die Stimme der Wirtschaft in der Hauptstadtregion. Wir stehen für 60 Mitgliedsverbände aus allen wichtigen Branchen, von der Autoindustrie bis zur Startup-Branche. Als Landesvereinigung der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Landesvertretung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) setzen wir uns für die Belange der regionalen Wirtschaft auf Bundesebene ein. Unser ordnungspolitisches Leitbild ist die Soziale Marktwirtschaft mit einem funktionierenden Wettbewerb. Für uns sind unternehmerische Freiheit, ökonomische Leistungsfähigkeit und Verantwortung für das Gemeinwohl untrennbar miteinander verbunden.

- [Auf Xing teilen](#)
- [Auf Facebook teilen](#)
- [Auf X teilen](#)
- [Auf LinkedIn teilen](#)

- [Drucken](#)
- [Als PDF speichern](#)

Pressekontakt

Abteilungsleiter Presse und Kommunikation, Pressesprecher

Carsten

Brönstrup

Telefon:
+49 30 31005-114

Telefax:
+49 30 31005-166

E-Mail:
Broenstrup [at] uvb-online.de

[Download VCF](#)